

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(20. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Winfried Pinger
und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Roland Kohn,
Dr. Irmgard Schwaetzer und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 13/7601 –**

**5 Jahre nach der VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro:
Schutz des Tropenwaldes verstärken – Initiativen gegen die Zerstörung
der borealen Wälder ergreifen**

A. Problem

Der jährliche Waldflächenverlust ist weiterhin sehr hoch und bedroht unvermindert das ökologische und ökonomische Gefüge der Tropenwaldländer, aber auch der gesamten Staatengemeinschaft. Am meisten sind die verbliebenen Restwaldflächen in Asien und Ozeanien von der Zerstörung bedroht. Von den borealen Wäldern der nördlichen Erdhalbkugel sind vor allem die sibirischen Wälder gefährdet.

Die Folgen der Tropenwaldzerstörung nehmen immer bedrohlichere Ausmaße an: Desertifikation und Degradierung ganzer Landstriche und Regionen wie in Indien oder Brasilien; Veränderungen des örtlichen Klimas und Ausbleiben des Regens mit gewaltigen Ernteeinbrüchen wie in Malaysia oder in Westafrika; die Freisetzung von gewaltigen Mengen von Kohlendioxid und dem entsprechenden Beitrag zum Treibhauseffekt etc.

Das Zerstören und Abbrennen der borealen Wälder Sibiriens leistet ebenfalls einen Beitrag zur CO₂-Freisetzung und damit zum Treibhauseffekt. Diese Wälder sind dadurch von einer Kohlenstoffsенke zu einer Netto-Kohlenstoffquelle geworden.

B. Lösung

Vor diesem Hintergrund und aus Anlaß der bevorstehenden „Sondergeneralversammlung der VN zur Überprüfung der Umsetzung der Ergebnisse von UNCED 1992 in Rio de Janeiro“ fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, sich an folgenden Gesichtspunkten zu orientieren:

1. Die Schwerpunktumsetzung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – Umwelt, Bildung und Armutsbekämpfung –, die Verstärkung des Themas „Kontrolle des Bevölkerungswachstums“ und die Orientierung an den Vergabekriterien des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit sind wichtig.
2. Die Erfahrungen aus den bilateralen Tropenwaldprojekten in aller Welt und insbesondere in Brasilien zeigen, daß solche Vorhaben nur dann erfolgreich sind, wenn sie auf einem vorhergegangenen intensiven Politikdialog zwischen Gebern und Nehmern zustande gekommen sind.
3. Ein wichtiges Element im Tropenwaldschutz ist die Beibehaltung und Ausweitung der Hilfe beim Aufbau einer Umwelt- und Forstgesetzgebung und einer entsprechenden Administration.
4. Um weitere Finanzmittel zu mobilisieren, sind nach den erfolgreichen Beispielen etwa von Verträgen zwischen Costa Rica und Norwegen auch mit der deutschen Wirtschaft Verhandlungen für eine konkrete Umsetzung von Vorhaben unter dem Stichwort „joint implementation“ zu forcieren, wodurch u.a. auch Vorhaben zum Schutz des Tropenwaldes als CO₂-Senke bedient werden könnten.
5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auch zum Schutz der borealen Wälder Sibiriens in internationalen Gremien und gegenüber der Regierung von Rußland aktiv zu werden.

Annahme im Ausschuß mit Mehrheit**C. Alternativen**

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Keine unmittelbaren Kosten.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 13/7601 anzunehmen.

Bonn, den 11. Juni 1997

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Manfred Lischewski
Vorsitzender

Dr. Christian Ruck
Berichterstatte

Dr. Mathias Schubert
Berichterstatte

Dr. Uschi Eid
Berichterstatte

Roland Kohn
Berichterstatte

Bericht der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Mathias Schubert, Dr. Uschi Eid und Roland Kohn

I. Beratungsverfahren – allgemein

Der Deutsche Bundestag überwies in seiner 178. Sitzung am 5. Juni 1997 den Antrag auf Drucksache 13/7601 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

II. Beratungsverfahren – mitberatender Ausschuß

Der mitberatende Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfahl in seiner Sitzung am 11. Juni 1997 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD sowie der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der mitberatende Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfahl in seiner Sitzung am 11. Juni 1997 mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Ablehnung des Antrags durch die Oppositionsfraktionen, dem Antrag zuzustimmen.

III. Beratungsverfahren – federführender Ausschuß

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat über den Antrag in seiner 55. Sitzung am 11. Juni 1997 beraten.

Die Fraktion der CDU/CSU erklärte, der Antrag solle aufzeigen, nach welchen Gesichtspunkten zu handeln sei, wenn der Schutz des Tropenwaldes verstärkt werden solle und Initiativen gegen die Zerstörung der borealen Wälder ergriffen werden sollten. Wegen des Inhalts des Antrags im einzelnen bezog sich die Fraktion der CDU/CSU auf die Drucksache 13/7601. Sie beantragte, der Ausschuß solle dem Deutschen Bundestag empfehlen, dem Antrag zuzustimmen.

Die Fraktion der SPD trug vor, der Antrag in der Drucksache 13/7601 ziele in seinem Titel auf den Schutz der Wälder und eine internationale Waldkonvention hin. Anscheinend meine er aber mehr als nur dies. Er treffe mit seinen breitgefächerten Inhalten überhaupt zu den notwendigen Inhalten und Zielen der deutschen Entwicklungspolitik eine Aussage. Die Stärke des Antrages sei, daß er versuche, anhand eines Themas Leistungen und Notwendigkeiten für Entwicklungspolitik darzustellen. Als Kernproblem werde deutlich, daß es eine Fülle von entwicklungs-

politischen Instrumenten gebe, die man anwende, und über die auch keine schwerwiegenden Differenzen beständen, daß aber dennoch die Gesamtaufgabe nur schwer oder nicht funktioniere. Die Botschaft des fünfjährigen Rio-Prozesses, den man nun hinter sich habe, scheine zu sein, daß man national stärker darauf hinarbeiten müsse, Entwicklungspolitik faktisch als Querschnittsaufgabe zu sehen. Es gehe auch um die Frage nach dem Stellenwert von Entwicklungspolitik im Regierungshandeln insgesamt. Die Notwendigkeit der multilateralen Zusammenarbeit werde im Vergleich zur bilateralen Zusammenarbeit in dem Antrag zu wenig herausgestellt. Der Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 13/7679 behandle das Problem eines kohärenten oder integrierten Politikansatzes wesentlich deutlicher als der vorliegende Antrag. Aus diesem Grunde werde die Fraktion der SPD den Antrag der Koalitionsfraktionen ablehnen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hielt den Feststellungstext des Antrags für gut. Auch der Forderungskatalog enthalte viele wichtige Punkte, wie z.B. die Forderung nach nationalen Forstprogrammen, in denen großflächige Schutzgebiete und Nationalparks vorgesehen seien.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordere ein Waldprotokoll im Rahmen der Konvention über die biologische Vielfalt, während der vorliegende Antrag sich für eine Waldkonvention ausspreche. Hier sehe man einen grundlegenden Unterschied. Eine Waldkonvention komme eher der Nutzung des Waldes und nicht dem Schutz des Waldes zugute, und da sei man weit auseinander. Weiter sei die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegenüber dem Instrumentarium der „joint implementation“ der gemeinsa-

men Umsetzung – skeptisch. Das Instrument befände sich auch noch in der Pilotphase. Aus den genannten Gründen lehne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag ab.

Die Fraktion der F.D.P. machte demgegenüber geltend, daß die Koalitionsfraktionen den Gesichtspunkt der „joint implementation“ ganz bewußt in den Antrag aufgenommen hätten, weil sie darin ein marktwirtschaftliches Instrument sähen, um zusätzliche Finanzmittel für den von allen gewollten Zweck zu mobilisieren. Sie stimme dem Antrag zu.

Die Fraktion der CDU/CSU räumte ein, daß man bilateral eine Beendigung der Waldzerstörung nicht erreichen werde, und daß deshalb noch stärker als bisher internationale Bemühungen zu fordern seien. Dies gelange auch in Punkt 5 des Antrags zum Ausdruck.

Was die Begriffe Waldkonvention, Waldprotokoll, Primärwald angehe, so werde dazu geraten, insoweit erfolgsorientiert zu handeln. Die Forderung, daß Primärwald nicht abgeholzt werden solle, sei nach den Erfahrungen der Vergangenheit illusorisch. Es könne nur darum gehen, Teile zu retten bzw. zu einer Umkehr des Trends zu gelangen.

Die Bundesregierung unterstützte den Antrag. Insbesondere begrüßte sie es, daß sich der Antrag nicht nur auf den Tropenwald konzentriere, sondern auch die borealen Wälder einbeziehe.

Der Ausschuß stimmte dem Antrag in der Drucksache 13/7601 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

Bonn, den 11. Juni 1997

Dr. Christian Ruck
Berichtersteller

Dr. Mathias Schubert
Berichtersteller

Dr. Uschi Eid
Berichterstatte

Roland Kohn
Berichtersteller